

Antje C. Berger

Bewaffnete Konflikte in Afrika

Eine kritische Analyse des
völkerrechtlichen Gewaltverbots



Nomos

<https://doi.org/10.5771/9783845282343-1>

Generiert durch IP '207.241.231.83', am 19.07.2018, 17:25:03.

Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Nomos Universitätsschriften

Recht

Band 906

Antje C. Berger

Bewaffnete Konflikte in Afrika

Eine kritische Analyse des
völkerrechtlichen Gewaltverbots



Nomos

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Zugl.: Frankfurt a.M., Univ., Diss., 2016

ISBN 978-3-8487-3908-0 (Print)

ISBN 978-3-8452-8234-3 (ePDF)

1. Auflage 2017

© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2017. Gedruckt in Deutschland. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten. Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier.

Für Aaron

Vorwort

Die vorliegende Dissertation wurde am 11. Juni 2015 im Fachbereich Rechtswissenschaft der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt am Main eingereicht und am 10. März 2016 disputiert. Für die vorliegende Druckfassung wurde sie leicht aktualisiert und überarbeitet.

Die Idee eine Arbeit über das völkerrechtliche Gewaltverbot zu verfassen, entstand schon am 14. September 2001 bei der Lektüre der *Le Monde* in der Alliance Française in Harare.¹ Seit Mitte 2000 war ich Beigeordnete Sachverständige für Internationale Arbeitsnormen, Arbeitsrecht und Menschenrechte im Regionalbüro der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) in Simbabwe. Noch erschüttert von den Bildern des 11. September, die auch in Harare fast simultan übertragen wurden, las ich mit Interesse, dass die NATO den Bündnisfall nach Art. 5 NATO-Vertrag ausgerufen hatte. In meinen Erinnerungen an meine völkerrechtlichen Vorlesungen knüpfte das völkerrechtliche Verteidigungsrecht i. S. v. Art. 51 UN-Charta, auf den sich Art. 5 NATO-Vertrag ja bezieht, an einen staatlichen Angriff an. Hier, da waren sich ja alle recht schnell einig, handelte es sich um Angriffe des internationalen Terror-Netzwerks Al-Qaida. Kann gegen ein Terrornetzwerk der Verteidigungsfall ausgerufen und völkerrechtliche Notwehr ausgeübt werden?

Ich schrieb mich Ende 2002 an der Universität Cheikh Anta Diop in Dakar ein, um neben der Aufbesserung meiner Französisch- und Völkerrechtskenntnisse vor allem das völkerrechtliche Gewaltverbot unter die Lupe zu nehmen und belegte die völkerrechtlichen Vorlesungen der höheren Semester. Im Senegal habe ich viel über 'Le régionalisme africain' gelernt, insbesondere über die gerade neu gegründete Afrikanische Union und die westafrikanische Gemeinschaft ECOWAS. 'Enduring Freedom' und der NATO-Einsatz in Afghanistan blieben den völkerrechtlichen Vorlesungen in Dakar jedoch überraschend fern. Auch der Einmarsch der US-Amerikaner unter Präsident Bush im März 2003 im Irak brachte weder die Menschen im Senegal auf, noch war er Gegenstand der Vorlesungen. Empört hat die Studierenden vielmehr, dass die Prüfungstermine im Juli 2003

1 'L'Alliance atlantique décide d'activer sa solidarité politique avec les Etats-Unis' (14.09.2001) *Le Monde* 3.

wegen eines eintägigen Besuchs von Bush in Dakar verschoben werden mussten. Die Metropole Senegals, die sonst ständig in Bewegung ist und pulsiert wie kaum eine andere Stadt in Westafrika, wurde völlig abgeriegelt. Schulen und Universitäten, ebenso wie Märkte und Läden blieben geschlossen. Mobilfunkleitungen waren unterbrochen. Der Verkehr stand still. Ganz Dakar stand unter Hausarrest. In der afrikanischen Tradition der mündlichen Überlieferung, heute vor allem von Popstars in Liedern übernommen, wird der Auftritt des amerikanischen Präsidenten im Senegal als peinlich dargestellt.

Senegal ist eine selbstbewusste und erfolgreiche Nation. Die Senegalesinnen und Senegalesen sind stolz auf ihr Land und lassen sich ungern durch Dritte in ihre politischen Entscheidungen hereinreden. Der Staatshaushalt ist jedoch auch heute noch zu einem beträchtlichen Teil von Entwicklungsgeldern abhängig, der zu typischen realpolitischen Ergebnissen führt. So ratifizierte Senegal als erster afrikanischer Staat das Römische Statut des Internationalen Strafgerichtshofs. Es war jedoch auch das erste Land, welches das bilaterale Abkommen mit den US-Amerikanern unterzeichnet hat, wonach amerikanische Soldatinnen und Soldaten nicht nach Den Haag überstellt werden dürfen.

Senegal sagte der USA verbindlich und glaubwürdig zu, ein Verbündeter im Kampf gegen den Terrorismus zu sein. Gleichzeitig klebte während meiner Zeit in Dakar 2002–04 in mindestens jedem zweiten Sammeltaxi, den berühmten bunt angemalten *cars rapides*, ein Bild Osama Bin Ladens, neben den *Les Lions*, der senegalesischen Fußballnationalmannschaft, die gerade spektakulär in der WM 2002 *Les Bleus*, den französischen Titelverteidiger besiegt hatten, neben diversen Marabus, wichtige Religionsführer im Land. Junge Mädchen tragen enge Jeans und Spagettiträger, verheiratete Frauen legen großen Wert auf elegante und farbenfrohe Garderobe. Ohringe sind für Mädchen und Frauen zwingend. Kein Hauch von Verschleierung. Die senegalesische Interpretation des Islams ist völlig entspannt. Es regt sich aber auch niemand darüber auf, wenn Kinder mit einem T-Shirt mit dem Konterfei von Bin Laden auf den Straßen herumlaufen. Für viele in der islamischen Welt ist Bin Laden ein Held. Das wird nicht herausposaunt. Dies wird den westlichen Besuchern noch nicht einmal hinter vorgehaltener Hand erzählt. Doch dies anzuerkennen und die Gründe dahinter zu reflektieren, mag vielleicht an der einen oder anderen Stelle sinnvoll sein.

Zurück in Deutschland 2004 musste ich feststellen, dass es sich nicht mehr lohnt, eine wissenschaftliche Arbeit über den Afghanistan- und den

Irak-Einsatz zu schreiben. Im Deutschen Jahrbuch für Völkerrecht lag die umfassende und klare Analyse von Hofmann zur Völkerrechtswidrigkeit des Irakkrieges vor.² Dem war wenig hinzuzufügen. Ich sah jedoch auch, dass afrikanische Konflikte in der völkerrechtlichen Literatur stiefmütterlich behandelt wurden. Warum? Lohnt es sich nicht die völkerrechtliche Schablone auf afrikanische Konflikte zu legen? Und ist der Grund hierfür, dass die meisten Kriege in Afrika innerstaatliche Konflikte sind und daher das völkerrechtliche Gewaltverbot nicht gilt? Der umfangreiche Online-Katalog OPAC des Max-Planck-Instituts für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht in Heidelberg, für das ich zwischen 2007 und 2012 als wissenschaftliche Mitarbeiterin arbeitete, ergab bei der kombinierten Suche ‘Gewaltverbot’ und ‘Afrika’ keinen Treffer. Und so entschied ich mich, eine wissenschaftliche Arbeit über das völkerrechtliche Gewaltverbot anhand der afrikanischen Konflikte ab Ende 1989 zu schreiben.

Die Umsetzung war ein langer Weg. Den Menschen die mich hierbei begleitet haben, möchte ich von ganzem Herzen danken, allen voran meinem Doktorvater Professor Dr. Dr. Rainer Hofmann, der mich über all die vielen Jahre immer umfassend unterstützt und ermutigt hat. Ohne seinen positiven Rückhalt, seinen wertvollen Rat, sein jederzeit offenes Ohr und seinem mir und meinem Thema entgegengebrachte Vertrauen würde es diese Arbeit nicht geben. Professor Dr. Michael Bothe war mir vor allem mit seiner umfangreichen wissenschaftlichen Arbeit zur Friedenssicherung eine große Hilfe. Viele meiner Gedanken und Ansätze fand ich in seinem Werk wieder und haben mich so beim Schreiben bekräftigt. Mit beiden verbindet mich mein Interesse für den afrikanischen Kontinent und mein Engagement für die Menschenrechte.

Mir war es von Anfang an wichtig, die Arbeit sowohl frei zugänglich auf dem Repositorium der Goethe-Universität als auch bei einem renommierten Verlag in üblicher Buchform veröffentlicht zu wissen. Ich bin Dr. Stefan Grote vom Nomos-Verlag sehr verbunden, dass er mir diese hybride Form der Veröffentlichung einräumen konnte und mir in jeder Hinsicht entgegenkam. Sonja Schmitt ist überaus geduldig die letzten Meter der Druckfassung mit mir gegangen. Sie formte aus einem Skript dieses Buch.

Uta Bredemeier vom Dekanat der Goethe-Universität danke ich von ganzem Herzen für die immerwährende Bereitschaft mir beim Überkom-

2 Hofmann ‘International Law and the Use of Military Force against Iraq’ (2002/03) 45 GYIL 9–34.

men der Hürden zu helfen, die ein langjähriges Promotionsverfahren so mit sich bringen kann.

Meiner Schwester Nina Berger und meinen Freunden und Kolleginnen Jutta Dahn, Martina Enax, Dr. Pamela Kalning, Dr. Maïke Kuhn, Klaus Oltmanns, Dr. Matthias Reus, Sara von Skerst und Philipp Wesche danke ich für Korrekturlektüren, aufbauende Gespräche, Logis in Heidelberg, Hinweise und schlichte Ermutigungen, Dr. Mira Chang, Dr. Matthias Kottmann, Dr. Hans-Christian Wilms für den gelungenen Probelauf zur mündlichen Prüfung sowie Professor Philipp Dann und Dr. Michael Riegner für die immer offenen Türen. Danken möchte ich auch meinen 'alten' Freunden aus Kapstadt, Harare und Dakar für ihre anhaltende Freundschaft, insbesondere Brian Chikwava, Birgit Planck, Barbara Stahl, Dr. Webster Whande, Boukounta Sané sowie meinem Freund Titus Rosani, Bildhauer, der 2003, wie so viele Menschen in meinem Alter im südlichen Afrika, in seiner besten Schaffensphase aufgrund HIV/AIDS erkrankte und verstarb.

Meinen Eltern Jutta und Sigger Berger gebührt großer Dank für ihre immerwährende Unterstützung. Sie haben mir insbesondere während meines Studiums den Rücken freigehalten, sodass ich unbeschwert, konzentriert und erfolgreich studieren durfte. Ohne ihr stetiges Leben im badi-schen Achern hätte ich meinen Freiheitsdrang niemals ausleben können.

Mein größter Fan ist jedoch mein heute elfjähriger Sohn Aaron Maria Ismael, der nie einen Zweifel daran ließ, dass diese Arbeit einmal 'fertig' wird und dem dieses Buch gewidmet ist. Sein Humor, seine stetige Gelassenheit und seine grenzenlose Zuversicht sind das Bindemittel dieser Dissertation.

Zum Schluss möchte ich noch Nelson Rolihlahla Mandela danken. Während meines Postgraduierten Studiums an den Universitäten in Kapstadt und Western Cape 1997 war er auch mein Präsident. Ich nahm mir die Freiheit ihm im Dezember 2013 meine letzte Ehre zu erweisen und einer der wenigen Zaungäste seiner Beerdigungsfeier in seinem Heimatdorf Qunu in der Transkei sein zu dürfen. Im nahegelegenen Mandela-Museum hängt sein Spruch: 'It always seems impossible until it's done'. Sein Leben, dieser Wahlspruch und die damit verbundene Inspiration gaben und geben mir den Mut und die Kraft diese Arbeit abzuschließen und daran anknüpfend zu alten und neuen Ufern aufzubrechen.

Antje C. Berger

Berlin, im Oktober 2016

Inhaltsübersicht

<i>Abkürzungsverzeichnis</i>	27
<i>Einleitung</i>	35
<i>Erster Teil: Afrikanische bewaffnete Konflikte und das Gewaltverbot</i>	63
1. Kapitel: Internationale Konflikte	63
2. Kapitel: Nichtinternationale Konflikte mit Drittstaatenbeteiligung	127
3. Kapitel: Nichtinternationale Konflikte	193
<i>Zweiter Teil: Militäreinsätze afrikanischer Organisationen</i>	271
4. Kapitel: ECOWAS	272
5. Kapitel: SADC	331
6. Kapitel: Afrikanische Union	357
7. Kapitel: Multinationale Interventionen in die Zentralafrikanische Republik	407
<i>Dritter Teil: Die Rechtmäßigkeit von Gewalt</i>	425
8. Kapitel: Formelle Rechtmäßigkeit	425
9. Kapitel: Materielle Rechtmäßigkeit	460
<i>Ergebnis und Schlussbetrachtungen</i>	493
<i>Literaturverzeichnis</i>	509

Inhaltsverzeichnis

<i>Abkürzungsverzeichnis</i>	27
<i>Einleitung</i>	35
I. Ziel der Arbeit	35
II. Grenzen der Arbeit	39
1. Geografisch	39
2. Zeitlich	40
3. Inhaltlich	40
a) Kein humanitäres Völkerrecht	40
b) Keine Maßnahmen 'short of war'	41
c) Keine Peacekeeping-Einsätze der UN und der EU	41
III. Anzahl und Typisierung afrikanischer bewaffneter Konflikte seit 1990	42
1. Anzahl bewaffneter Konflikte und Definition	42
2. Typisierung und Ursachen	46
a) Konflikte nach Wegfall des Ost-West-Gegensatzes	47
b) Grenz- und Territorialkonflikte	48
c) Sezessions- und Unabhängigkeitskonflikte	50
d) Innerer Machterhalt und -ergreifung	51
e) Ressourcenknappheit und Klimawandel	53
f) Marginalisierung und Menschenrechtsverletzungen	55
g) Neue Stellvertreterkriege und Kampf gegen den Terrorismus	56
IV. Juristische Erfassung und Gang der Untersuchung	57
1. Internationale und nichtinternationale Konflikte	57
2. Nichtinternationale Konflikte mit Drittstaatenbeteiligung	59
3. Gliederung der Arbeit	60

<i>Erster Teil: Afrikanische bewaffnete Konflikte und das Gewaltverbot</i>	63
1. Kapitel: Internationale Konflikte	63
I. Das Gewaltverbot	63
1. Zur Geschichte des völkerrechtlichen Gewaltverbots	63
2. Das heutige Gewaltverbot	70
3. Ausnahmen zum Gewaltverbot	71
II. Internationale Konflikte in Afrika	72
III. Eritrea/Äthiopien (1998–2000)	74
1. Hintergrund	74
2. Juristische Bewertung: Ius ad bellum-Prüfung	78
a) Erste Ebene: Tatbestandsmäßigkeit	79
b) Zweite Ebene: Rechtswidrigkeit	80
aa) Grenzscharmützel	80
bb) Selbstverteidigung gegen äthiopische Daueraggression?	83
3. Ergebnis	88
IV. Zweiter Kongokrieg (1998–2003)	88
1. Einleitung	88
2. Hintergrund	90
3. Staatenbeschwerde vor der Afrikanischen Menschenrechtskommission	95
a) Zulässigkeit der Staatenbeschwerde	96
aa) Forum-Shopping	96
bb) Zuständigkeit im bewaffneten Konflikt	98
cc) Exterritorialität der Menschenrechtsverletzungen	100
b) Begründetheit	103
aa) Art. 23 Banjul-Charta (Recht auf Frieden)	103
bb) Humanitäres Völkerrecht?	105
cc) ‘Versäumnisurteile’ gegen Burundi und Ruanda	108
4. Die Klage vor dem IGH: <i>Armed Activities</i>	108
a) Zulässigkeit	108
aa) Klageeinreichung (1999) und -rücknahmen (2001)	108
bb) Erneute Klage gegen Ruanda 2002	110

b) Begründetheit: Verletzung des Gewaltverbots durch Uganda	112
aa) Die Frage der Zustimmung	113
bb) Die Frage der Selbstverteidigung	114
cc) Antizipierte/präventive Selbstverteidigung	115
dd) Notwehr gegen Angriff von Rebellengruppen?	116
ee) Verhältnismäßigkeit	122
5. Ergebnis	123
V. Fazit 1. Kapitel	125
2. Kapitel: Nichtinternationale Konflikte mit Drittstaatenbeteiligung	127
I. Intervention auf Einladung	127
1. Einleitung und dogmatische Einordnung	127
2. Auf Seiten der Regierung	130
a) IGH: <i>Nicaragua</i> und <i>Armed Activities (DRC v Uganda)</i>	132
b) Art. 4 (j) AU-Akte und Art. 27 ECOWAS-Protokoll	133
c) Rechtmäßigkeitsvoraussetzungen	134
aa) Effektive Hoheitsgewalt	134
bb) Legitimität	134
cc) Berechtigtes Interesse	136
3. Im failed State	138
4. Äthiopien/Somalia (2006)	139
a) Ausgangslage	139
b) Internationale Reaktionen	143
c) Rechtliche Bewertung	145
aa) Selbstverteidigung	146
bb) Intervention auf Einladung	148
cc) Bloße Zustimmung statt offizieller Einladung?	148
dd) Effektive Hoheitsgewalt	150
ee) Legitimität	151
ff) Geschäftsführung ohne Auftrag (<i>negotiorum gestio</i>) oder implizites Mandat?	153
gg) Nachträgliche Zustimmung durch die AU-Versammlung	154
d) Ergebnis	156
e) Entwicklung in Somalia (2006–11)	157

f) Intervention Kenias in Somalia (2011)	158
aa) Hintergrund	158
bb) Internationale Reaktionen	160
cc) Rechtliche Bewertung	161
g) Weitere Intervention Äthiopiens in Somalia (2014)	164
5. Auf Seiten der Rebellen?	165
a) Nicaragua-Entscheidung	165
b) Ergibt sich aus dem Selbstbestimmungsrecht eine Einladungsbefugnis?	167
c) Libyenintervention der NATO	168
aa) UN-Sicherheitsratsresolution 1973 (2011)	170
bb) Einladung der Rebellen, des späteren Übergangsrats	172
cc) Weitere Rechtfertigungsgründe	176
d) Fortentwicklung nach <i>Nicaragua</i> und Zwischenergebnis	178
6. Interventionen nichtafrikanischer Staaten in Afrika	179
a) Einleitung	179
b) Intervention Frankreichs in Mali (2013)	181
aa) Hintergrund	181
bb) Reaktionen auf die Intervention Frankreichs	184
cc) Bewertung	186
7. Ergebnis	188
II. Humanitäre Intervention & Responsibility to Protect	189
III. Pro-Demokratische Intervention	190
IV. Fazit 2. Kapitel	191
3. Kapitel: Nichtinternationale Konflikte	193
I. Die klassische Doktrin und die Frage nach dem internen Gewaltverbot	193
II. Gewaltverbot und De-facto-Regime	196
1. Anwendung des Gewaltverbots auf das De-facto-Regime	196
2. Somaliland und Puntland	199
3. Westsahara	202
4. Ergebnis	203
III. Selbstbestimmungsrecht und Gewaltverbot	203
1. Das Selbstbestimmungsrecht	203
a) Im Allgemeinen	203

b) Im Spannungsverhältnis zur <i>uti possidetis</i> -Doktrin in Afrika	205
2. Kolonialherrschaft, Fremdbesetzung und rassistisches Regime	207
a) Schutz von 'klassischen' Befreiungsbewegungen	207
b) Gegenseitigkeit des Gewaltverbots	212
c) Befreiungskrieg als Selbstverteidigung?	213
d) Übergriff auf Flüchtlingslager in der Westsahara (2010)	217
aa) Hintergrund	218
bb) Geltung des Gewaltverbots	219
cc) Verletzung des Gewaltverbots	219
e) Unterstützung von Befreiungsbewegungen	220
3. Neue Kategorien unter Art. 1 (4) ZP I? Die blutige Diktatur?	221
a) Enumerative Aufzählung in Art. 1 (4) ZP I?	221
b) Cabinda (Angola)	225
aa) Hintergrund	225
bb) Gewaltverbot	228
c) Koppelung an das Gewaltverbot?	229
IV. Menschenrechte und Gewaltverbot	229
1. Zusammenhang zwischen Menschenrechtsverletzungen und Bürgerkriegen	229
2. Menschenrechte	231
3. Verletzen schwere Menschenrechtsverletzungen das Gewaltverbot?	235
4. Menschenrechte als Grundlage eines internen Gewaltverbots	235
a) Genozidverbot	236
b) Weitere <i>ius cogens</i> -Normen	236
c) Dogmatischer Ansatz	237
V. Fortschreitende Aufhebung der Dichotomie im humanitären Völkerrecht	238
1. Das <i>Tadić</i> -Urteil des ICTY	238
2. Der Bürgerkrieg im humanitären Völkerrecht	240
3. Verknüpfung zwischen Menschenrechtsdoktrin und humanitärem Völkerrecht	241

VI. Nichtinternationale Konflikte und Kapitel-VII-	
Entscheidungen	242
1. Art. 39 UN-Charta	242
2. Der Meilenstein: Somalia-Sicherheitsratsresolution 794 (1992)	244
3. Somalia-Vorläufer: Palästina (1948), Korea (1950), Rhodesien (1965), Südafrika (1977), Kurden im Irak (1991)	246
4. Entwicklungen nach Somalia	251
a) Liberia (1992), Haiti (1993), Ruanda (1994), Sudan (1995), Sierra Leone (1997)	251
b) 11. September (2001)	254
c) Côte d'Ivoire (2003), DR Kongo (Bunia) (2003), Darfur (2004)	255
d) Libyen (2011), Côte d'Ivoire (2011) und Zentralafrikanische Republik (2013)	256
5. Postulierung eines innerstaatlichen Gewaltverbots durch den UN-Sicherheitsrat	257
a) Innerstaatliches Gewaltverbot in UN-Sicherheitsratsresolutionen	257
b) Bindung von nichtstaatlichen Akteuren an das Völkerrecht?	258
aa) Bindung von nichtstaatlichen Akteuren im humanitären Völkerrecht	258
bb) Bindung von nichtstaatlichen Akteuren durch UN-Sicherheitsratsbeschlüsse?	261
VII. Kein Umsturz einer demokratisch legitimierten Regierung	262
1. Haiti (1994)	263
2. Sierra Leone (1997)	263
3. OAU Lomé-Erklärung (2000)	264
4. Art. 30 AU-Akte (2000)	264
VIII. Weitere Argumente	267
IX. Fazit 3. Kapitel	267
X. Fazit Erster Teil	268

<i>Zweiter Teil: Militäreinsätze afrikanischer Organisationen</i>	271
4. Kapitel: ECOWAS	272
I. Die ECOWAS-Gemeinschaft	272
II. Der Einsatz in Liberia (1990–92)	273
1. Hintergrund	274
2. ECOWAS-Entscheidungen und Verlauf des ECOMOG-Einsatzes	276
3. Rechtmäßigkeit des Einsatzes nach ECOWAS-Gemeinschaftsrecht	281
a) Nichtangriffsprotokoll (1978)	282
b) Beistands- und Verteidigungsprotokoll (1981)	283
c) Entscheidung von der richtigen Stelle und Einstimmigkeit	284
d) Nachträgliche Genehmigung durch die Versammlung	285
e) Konsequenzen der Verletzung von Gemeinschaftsrecht	286
4. Rechtmäßigkeit nach allgemeinem Völkerrecht:	287
a) Ermächtigungsbedürftigkeit nach Art. 53 UN-Charta?	287
aa) Abstellen auf die Einladung Does?	289
bb) Zustimmung aller Parteien?	290
cc) Ermächtigungserfordernis in internen Konflikten?	291
b) Nachträgliche Genehmigung	293
5. Zwischenergebnis	295
III. Der Einsatz in Sierra Leone (1997–99)	297
1. Hintergrund	297
2. Völkerrechtmäßigkeit	302
a) Nach ECOWAS-Gemeinschaftsrecht	302
b) Nach allgemeinem Völkerrecht	305
aa) Art. 51 UN-Charta	306
bb) Nachträgliche Genehmigung durch den UN-Sicherheitsrat?	307
cc) Intervention auf Einladung	309
dd) Intervention auf Einladung i. V. m. pro-demokratischer Intervention	310
3. Ergebnis	311
IV. Der Einsatz in Guinea-Bissau (1999)	312
1. Hintergrund	312

2. Rechtmäßigkeit	313
V. Sicherheits- und Friedensprotokoll (1999 Mechanismus)	314
1. In Kraft getreten?	314
2. Gegenstand des Sicherheits- und Friedensprotokolls	315
a) Mehrheitsprinzip	316
b) Humanitäre und pro-demokratische Intervention	317
3. Fehlender Bezug zu Art. 53 UN-Charta	318
VI. Weitere ECOWAS-Einsätze	320
1. Côte d'Ivoire (2003)	321
a) Hintergrund	321
b) Die wechselnde Haltung des UN-Sicherheitsrats	322
2. Côte d'Ivoire (2010–11)	324
a) Hintergrund	324
b) Völkerrechtmäßigkeit	325
3. Mali (2013)	326
a) Hintergrund	327
b) Völkerrechtmäßigkeit	328
c) Bewertung	328
VII. Fazit ECOWAS	329
 5. Kapitel: SADC	 331
I. Die SADC-Gemeinschaft	331
II. Intervention in die Demokratische Republik Kongo 1998	332
1. Hintergrund	332
2. Völkerrechtmäßigkeit	335
a) Nach Gemeinschaftsrecht	335
b) Intervention auf Einladung	337
c) Kollektive Selbstverteidigung	339
bb) Anzeigepflicht	340
cc) Verhältnismäßigkeit	341
d) Ergebnis	342
III. Intervention in Lesotho 1998	342
1. Hintergrund	343
2. Rechtmäßigkeit des Einsatzes	345
a) Ermächtigungsgrundlage	346
b) Entscheidung des zuständigen Organs	348
c) Ermächtigung durch den UN-Sicherheitsrat	350
d) Intervention auf Einladung	351

3. Ergebnis und weitere Entwicklung	352
IV. Entwicklungen bei SADC nach 1998	353
V. Lesotho (2014)	354
VI. Fazit SADC	355
6. Kapitel: Afrikanische Union	357
I. Einleitung	357
II. Der Friedens- und Sicherheitsrat der AU	360
III. Humanitäre Intervention: Art. 4 (h) AU-Akte	364
1. Einleitung	364
2. Die Ausgestaltung der humanitären Intervention in der AU-Akte	365
a) Art. 4 (h) AU-Akte	365
b) Rechtsfolge: Interventionspflicht?	366
IV. Die 2003 Änderungen des Art. 4 (h) AU-Akte	367
V. Das Verhältnis zwischen Art. 53 (1) UN-Charta und Art. 4 (h) AU-Akte	369
1. Fehlender Bezug zur UN-Charta	369
a) Anwendung von Art. 53 UN-Charta in nichtinternationalen Konflikten	369
b) Kein Konflikt bei klassischen Friedensmissionen, Selbstverteidigung und Interventionen auf Einladung	370
c) Auslegung der AU-Akte	371
d) Weitere AU-Instrumente	374
2. Zwischenergebnis	375
VI. AU-Mission in Burundi (AMIB) (2003–04)	376
1. Hintergrund	376
2. Zustimmungsbedürftigkeit nach Art. 53 UN-Charta?	380
3. Ergebnis und weitere Entwicklungen	381
VII. AU-Mission in Darfur (AMIS) (2004–07)	382
1. Hintergrund	383
2. AMIS (2004)	384
a) Grundlage: Waffenstillstandsabkommen	384
b) Ermächtigungsbedürftige Maßnahme nach Art. 53 UN-Charta?	387
c) Zwischenfazit	388
d) Exkurs: Völkermord-Diskussion	388
e) Exkurs: Burundi (2015/16)	392

f) Weitere Entwicklungen in Darfur: Hybride UN/AU-Friedenstruppe	394
3. Ergebnis	395
VIII. AU-Mission in Somalia (AMISOM)	396
1. Hintergrund und Entwicklung	396
2. Völkerrechtmäßigkeit	401
a) Nach AU-Recht	401
b) Nach allgemeinem Völkerrecht	402
3. Ergebnis	404
IX. Fazit AU	405
7. Kapitel: Multinationale Interventionen in die Zentralafrikanische Republik	407
I. Multilaterale Interventionen in die ZAR (1997–2012)	408
1. Einleitung	408
2. MISAB: Ad-hoc-Intervention sechs frankophoner Staaten (1997–98)	409
a) Mandat und Verlauf	409
b) Bewertung	411
3. Die FOMUC-Intervention der CEMAC (2002–08)	411
a) Mandat und Verlauf	411
b) Bewertung	413
4. MICOPAX-Intervention der ECCAS (2008–13)	413
a) ECCAS	413
b) MICOPAX: Mandat und Verlauf	415
II. Regionale Interventionen in Reaktion auf den Putsch 2012	416
1. Verlauf des Putsches vom Dezember 2012 und Reaktionen	416
2. Zur MICOPAX (2013)	419
3. Zur Intervention Südafrikas (2013)	420
4. MISCA-Mission der AU (2013–14)	420
III. Fazit Zentralafrikanische Republik	422
IV. Fazit Zweiter Teil	423

<i>Dritter Teil: Die Rechtmäßigkeit von Gewalt</i>	425
8. Kapitel: Formelle Rechtmäßigkeit	425
I. Informationspflicht gegenüber dem UN-Sicherheitsrat	426
1. Staatenpraxis nichtafrikanischer Staaten	427
2. Staatenpraxis afrikanischer Staaten	429
a) Demokratische Republik Kongo und Nachbarn	429
b) Eritrea und Äthiopien	430
c) Tansania und Burundi	430
d) Kamerun und Nigeria	431
e) Äthiopien und Somalia	431
f) Sudan (Darfur)	432
g) Côte d'Ivoire	432
h) Sudan und Eritrea	432
i) Liberia und Guinea	433
j) Südsudan und Sudan	433
k) Kenia und Al-Shabaab (Somalia)	433
l) ECOWAS-Protokoll 1999	434
3. Rechtsfolgen der fehlenden Unterrichtung des UN-Sicherheitsrats	434
II. Ermächtigung zur Gewalt	438
1. Durch den UN-Sicherheitsrat	438
a) Rechtmäßigkeitsprüfung von Handlungen des UN-Sicherheitsrats	440
aa) Umstrittene Kapitel-VII-Entscheidungen des UN-Sicherheitsrats	440
bb) Einschätzungsprärogative des UN-Sicherheitsrats	444
cc) Bindung des UN-Sicherheitsrats an das Völkerrecht	446
dd) Rechtswidriges Unterlassen des UN-Sicherheitsrats & R2P	448
b) Ermächtigung nach Kapitel VII als Blanko-Scheck?	454
aa) Bestandskraft von Resolutionen	454
bb) Nichtigkeit von UN-Sicherheitsratsresolutionen	455
2. Durch ein Regionalbündnis (ohne UN-Mandat)	456
a) Strikte Auslegung von Art. 53 UN-Charta	456

b) Flexible Auslegung von Art. 53 UN-Charta	456
aa) Core Crimes & Handlungsunfähigkeit des UN-Sicherheitsrats	457
bb) Nachträgliche Genehmigung durch den UN-Sicherheitsrat	458
III. Fazit 8. Kapitel	459
9. Kapitel: Materielle Rechtmäßigkeit	460
I. Selbstverteidigungsrecht	460
1. Einleitung	460
2. Das Selbstverteidigungsrecht in afrikanischen Konflikten	462
a) Bedrohung der Sicherheitslage durch nichtstaatliche Akteure	463
b) Das Recht auf kollektive Selbstverteidigung	466
c) Antizipierte/präventive Selbstverteidigung	467
II. Humanitäre Intervention und Responsibility to Protect	468
1. Einleitung	468
a) Objektive Voraussetzungen	470
b) Subjektive Voraussetzungen	473
c) Verhältnismäßigkeit	473
d) Zeitliche Beschränkung	475
2. Nochmal: Der ECOWAS-Einsatz in Liberia (1990)	475
3. Mit bloßem Regionalmandat	476
a) Untätigkeit des UN-Sicherheitsrats	478
b) Information des UN-Sicherheitsrats	478
c) Nachträgliche Zustimmung?	479
d) Solange der UN-Sicherheitsrat nicht selbst tätig ist	481
e) Fazit zur humanitären Intervention	481
III. Pro-demokratische Intervention	481
1. Einleitung	481
2. In Afrika	483
IV. Der Kampf gegen den Terror	484
1. Einleitung	484
2. In Afrika	486
3. Kommentar	488
V. Formelle und materielle Voraussetzungen einer militärischen Intervention: Die Baugenehmigungsthese im Völkerrecht	489
VI. Fazit 9. Kapitel und Dritter Teil	492

<i>Ergebnis und Schlussbetrachtungen</i>	493
I. Fazit	493
II. Rechtsfolgende	496
1. Rechtsmittel und Ansprüche des verletzten Staates	497
2. Rechtsmittel und Ansprüche von Opfern	498
a) Nach internationalen Konflikten	498
b) Nach internen Konflikten	501
3. Völkerrechtliche Konsequenzen	503
III. Völkerrecht als Idee und Argumentationstopos	504
IV. Der Beitrag Afrikas zum ius contra bellum	506
 <i>Literaturverzeichnis</i>	 509

Abkürzungsverzeichnis

aA	Andere Ansicht
AALCO	Asian African Legal Consultative Organization
AFDI	Annuaire français du droit international
AfMRK	Afrikanische Menschenrechtskommission
AJICL/RADIC	African Journal of International and Comparative Law/ Revue Africaine de Droit International et Comparé
AJIL	American Journal of International Law
AKUF	Arbeitskreis Kriegsursachenforschung
AMIB	African Union Mission in Burundi
AMIS	African Union Mission in Sudan (Darfur)
AMISOM	African Union Mission in Somalia
AnnIDI	Annuaire de l'Institut de droit international
ASIL Proceedings	Proceedings of the American Society of International Law
ASR	African Security Review
AU	African Union/ Afrikanische Union
AU PSC	African Union Peace and Security Council/ Friedens- und Sicherheitsrat der Afrikanischen Union
AUILR	American University International Law Review
AVR	Archiv des Völkerrecht
AYIL/AADI	African Yearbook of International Law/ Annuaire Africain de droit international
Banjul-Charta	African Charter on Human and Peoples' Rights (1981)
BT	Bundestag
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BYIL	British Yearbook of International Law
CAR	Central African Republic
CEMAC	Communauté Économique et Monétaire de l'Afrique Centrale
CHRLR	Columbia Human Rights Law Review
CILSA	Comparative and International Law Journal of Southern Africa

CIRET-AVT	Centre international de recherché et d'étude sur le terrorisme et d'aide aux victimes du terrorisme
CJIL	Chinese Journal of International Law
CJTL	Columbia Journal of Transnational Law
COPAX	Conseil de Paix et de Sécurité de l'Afrique Central
DenverJILP	Denver Journal of International Law & Policy
Dok	Dokument
Dok-Nr	Dokumentennummer
DRC/ DR Kongo	Democratic Republic of the Congo/ Demokratische Republik Kongo
DW	Deutsche Welle
EC	European Commission
ECAS	European Conference on African Studies
ECCAS	Economic Community of Central African States
ECtHR	European Court of Human Rights/ Europäischer Menschengerichtshof
ECOMOG	Economic Community of West African States Cease-Fire Monitoring Group
ECOWAS	Economic Community of West African States
EECC	Ethiopian Eritrean Claims Commission
EHRLR	European Human Rights Law Review
EJIL	European Journal of International Law
EMRK	Europäische Menschenrechtskonvention (1950)
EPIL	Encyclopedia of Public International Law (Bernhardt Hrsg.)
FAZ	Frankfurter Allgemeine Zeitung
FinnishYIL	Finnish Yearbook of International Law
Fn	Fußnote
FOMAC	Force multinationale de l'Afrique central
FOMUC	Force multinationale en Centrafrique
FS	Festschrift
ggf.	gegebenenfalls
GAOR	General Assembly Official Records
GV	Generalversammlung
GYIL	German Yearbook of International Law
HRLJ	Human Rights Law Journal

ICC	International Criminal Court/ Internationaler Strafgerichtshof
ICJ	International Court of Justice/ Internationaler Gerichtshof
ICJ Rep	International Court of Justice, Reports of Judgements, Advisory Opinions and Orders
ICTR	International Criminal Tribunal for Rwanda/ Internationaler Strafgerichtshof für Ruanda
ICTY	International Criminal Tribunal for Yugoslavia/ Internationaler Strafgerichtshof für das frühere Jugoslawien
IDI	Institut de droit international
IGAD	Intergovernmental Authority on Development
IGH	Internationaler Gerichtshof
IJHR	The International Journal of Human Rights
IJSRP	International Journal of Scientific and Research Publication
ILC	International Law Commission
IPI	International Peace Institute
ISS	Institute of Security Studies
IYHR	Israel Yearbook of Human Rights
JCSL	Journal of Conflict and Security Law
Lit.	Literatur
LNTS	League of Nations Treaty Series
Max Planck UNYB	Max Planck Yearbook of United Nations Law
MichJIL	Michigan Journal of International Law
MichLRev	Michigan Law Review
MICOPAX	Mission de consolidation de la paix en Centrafrique
MINUSCA	United Nations Multidimensional Integrated Stabilization Mission in the Central African Republic
MISAB	Mission interafricaine de surveillance des Accords de Bangui
MISCA	Mission internationale de soutien à la Centrafrique sous conduite africaine
MPEPIL	Max Planck Encyclopedia of Public International Law
NATO	North Atlantic Treaty Organization
NetherlYBIL	Netherland Yearbook of International Law
NYT	New York Times
NZZ	Neue Zürcher Zeitung
o.	oben

OAS	Organization of American States
OAU	Organization of African Unity
OJPCR	The Online Journal of Peace and Conflict Resolution
PolYIL	Polish Yearbook of International Law
PER/PELJ	Potchefstroom Electronic Law Journal
RADIC/AJIL	Revue Africaine de Droit International et Comparé/ African Journal of International and Comparative Law
RBDI	Revue Belge de Droit International
RdC	Recueil des Cours
Res	Resolution
RGDIP	Revue Générale du Droit International Public
RiA	Recht in Afrika
RICR	Revue Internationale de la Croix-Rouge
RIDE	Revue Internationale de droit économique
Rn	Randnummer
ROP	Réseau de Recherche sur les Opérations de Paix
RSCSL	Residual Special Court for Sierra Leone
s.	siehe
SADC	Southern African Development Community
SAJHR	South African Journal of Human Rights
SAJIA	South African Journal of International Affairs
SALJ	South African Law Journal
SanDiegoILJ	San Diego International Law Journal
SAYIL	South African Yearbook of International Law
SIPRI	Stockholm International Peace Research Institute
Sozialpakt	Internationaler Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte (1966)
Supp	Supplement
Stratfor	Strategic Forecasting, Inc
SWP	Stiftung Wissenschaft und Politik
SZ	Süddeutsche Zeitung
TAZ	Die Tageszeitung
u.	unten
UCDP	Uppsala Conflict Data Program
UN-Charta	Charta der Vereinten Nationen (1945)

UN	United Nations/ Vereinte Nationen
UNGS	Generalsekretär der Vereinten Nationen
UNGV	Generalversammlung der Vereinten Nationen
UNICO	United Nations Conference for International Organization
UNSC Rep	Repertoire of the United Nations Security Council
UNSC/UNSR	Sicherheitsrat der Vereinten Nationen
UNTS	United Nations Treaty Series
WVK	Wiener Vertragsrechtskonvention (1969)
YIHL	Yearbook of International Humanitarian Law
YILC	Yearbook of the International Law Commission
ZaöRV	Zeitschrift für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht
ZAR	Zentralafrikanische Republik
ZEuS	Zeitschrift für Europarechtliche Studien
Zivilpakt	Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte (1966)
ZP	Zusatzprotokoll

Since wars begin in the minds of men,
it is in the minds of men
that the defences of peace
must be constructed.

UNESCO Constitution
(1945).

Most dangerous of all is what
I call the politics of desperation.
When people feel desperate,
and when they feel
their desperation is ignored,
they tend to do desperate things
to attract attention to their plight.
They seize hostages, hijack planes,
blow up the
World Trade Center in New York.

Allister Sparks
Tomorrow is Another Country
(1994) 11.

Le fou n'aime pas Dieu.

Proverbe Baoulé (Côte d'Ivoire) aus
M.-C. Djiena Wembou / Daouda Fall
(2000) 310.

